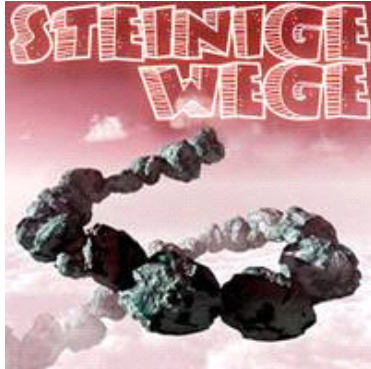


Kuba und linke Regierungen in Lateinamerika in der Krise

von Gerd Elvers



Der Sozialismus strauchelt in Lateinamerika,
aber fällt er auch?

Die katastrophale Wahlniederlage der parlamentarischen Linken in Venezuela und bei der Präsidentschaftswahl in Argentinien sowie die diplomatischen und politischen Annäherungen zwischen Kuba und den USA sehen die USA in der Offensive. Die brasilianische sozialdemokratische Präsidentin Rousseff muss sich mit einem Impeachment-Verfahren der Amtsenthebung herumschlagen gegen die interne Opposition aus den Oberschichten und dem Mittelstand, weil sie

www.scharf-links.de

angeblich Steuergelder zur Finanzierung ihrer Wiederwahl missbräuchlich verwendet hat. Zugleich steckt Brasilien in einer Wirtschaftskrise, die alle BRICS-Länder erfasst hat. Zudem wartet mit den Olympischen Spielen in Brasilien das gleiche innenpolitische Debakel, dass zugunsten eines internationalen Spektakels Milliarden verpulvert werden, die - wie schon bei der Fußballweltmeisterschaft – besser für Armenprogramme hätten ausgegeben werden müssen.

Neuer kubanischer Mittelstand macht sich auf den Weg in die USA

Welche Rolle spielt in diesem Konzert Kuba, von dem aus vor Jahrzehnten die wahre Fackel der Revolution in der neueren Geschichte Lateinamerika entzündet wurde und nicht die der Olympischen Spiele? In vielen Kommentaren wird das neue Verhältnis zwischen den USA und Kuba nicht nur als eine „Normalisierung“ der diplomatischen Beziehungen gesehen, sondern in dem kubanischen Gesetz für ausländische Investitionen, das vor einem Jahr beschlossen wurde, als eine Einladung dafür verstanden, das Tor weit für ausländische Investitionen zu öffnen, mit für die innere Entwicklung

unkalkulierbare Folgen. Nachdem China wegen eigener ökonomischer Schwierigkeiten kürzer treten muss, reichen sich die US-Investoren und ihre politischen Lobbyisten in Havanna die Klinke in der Hand, wie zuletzt im Dezember 2015 der Gouverneur von Texas. Aber die Hoffnungen, die man sich bisher mit der Öffnung der kubanischen Märkte für die internationalen Investitionen gemacht hat, sind bisher nicht eingelöst worden. Im Gegenteil. Das Drama um die Tausenden von kubanischen Migranten, die auf dem Weg in das gelobte Land vorerst an der Grenze Nicaraguas gestrandet sind, gibt einen Hinweis, dass es ein Teil des neuen Mittelstandes in Kuba ist, und nicht mehr die mit Batista mehr oder weniger verbundenen Gegner der Revolution, der seine „Geduld“ mit dem System in einer Hoffnung auf eine bessere ökonomische Entwicklung zu verlieren beginnt,

Dass wir den „kubanischen Mittelstand“ als neues Phänomen in den verschiedenen bisherigen Flüchtlingswellen identifizieren, die bisher von Kuba ausgegangen sind, entnehmen wir den notwendigen Kosten für eine solche Wanderung, die so gefährlich und kostspielig wie vom Vorderen Orient nach Europa sind. Um den legalen Flug mit einem kubanischen Visum von Havanna in das befreundete Ecuador zu finanzieren, um sich dann illegal mit Unterstützung der Drogenbanden bis zu den USA durchzuschlagen, müssen die Migranten mindestens 10 Tausend Dollar ausgeben können – bei einem monatlichen Durchschnittslohn von 15 Dollar. Dabei verwenden sie nicht nur die remesas, die Unterstützung ihrer US-Verwandten, sondern verkaufen auf der Grundlage neuer liberaler Gesetze ihre Häuser in Kuba. Vorerst in Costa Rica gestrandet, sehen sie sich aller Möglichkeiten beraubt. Es sind Menschen, die nur im kommunistischen Kuba aufgewachsen sind, nichts anderes kennen und aus der nach wie vor konfrontativen Grundhaltung ihrer sozialistischen Regierung gegen die USA den Umkehrschluss ziehen, dass das Heil in den USA liegt, ähnlich die DDR, deren Regierung in der BRD den Feind sahen, mit der Folge, dass die Bevölkerung in der kapitalistischen BRD die Lösung der Probleme sahen, zu der ihre eigene Regierung nicht in der Lage war. Insgesamt sind in den letzten 3 Jahren nach einer Meldung der Parteizeitung Granma eine halbe Million ausgewandert - bei einstmalen elf Millionen Kubanern.

Der alte Chávismus am Ende - Viele Armen kehren ihm den Rücken zu

Ein ähnlicher dialektischer Umschlag in der Logik dürfte bei viele bürgerlichen aber vor allem den Armen-Wählern Venezuelas vorgelegt haben. Anders ist das katastrophale Wahlergebnis für die Linken bei einer hohen Wahlbeteiligung von 74 Prozent nicht zu verstehen. Der Anti-USA-Kurs, den Präsident Maduro im Erbe von Cháves gepflegt hat, fand angesichts der internen Wirtschaftskrise bei vielen Armen keinen Anklang mehr. Konfrontiert mit der Ölkrise und Inflation fehlte der Regierung das Geld, um die sozialen Armen-Programme weiter im alten Ausmaß zu finanzieren, um die Armen vor externen Schocks zu schützen. Die Wahlabstimmung hat es offenbart: Ein großer Teil von ihnen stand nicht hinter dem Chávismus aus einer grundsätzlichen linken Polithaltung heraus. Zwar bestimmte optisch auf den Straßen der Kerntrupp der fuerzas bolivarianas

weiterhin das Bild, doch dieses Bild einer Mehrheit hinter Maduro trug, wie die Wahlen ergeben haben.

Der grundsätzliche Fehler von Chávez und Maduro war – was von kubanischen Genossinnen schon früher mit vorgehaltener Hand kritisiert wurde (1), dass neben einem notwendigen Sozialprogramm für die Armen aus den Öleinnahmen nicht die „soziale Produktion“ vorangetrieben wurde, der eine entschiedene Industrialisierung Venezuelas unter partizipativer Mitbestimmung der Arbeiter gebracht hätte. In Venezuela wollte die Regierung mit dem „Neuen produktiven Modell“ (Nuevo Modelo Productivo, NMP) eine solche sozialistische Wirtschaftsstruktur aufbauen. Was geschah aber? Während der Regierungszeit von Chávez ist der öffentliche Sektor, einschließlich der Unternehmen im Staatseinfluss gesunken, und die sogenannte „soziale Ökonomie“ liegt gerade mal bei 4 Prozent.

Solange die Millionen Arme auf dem Niveau von Frührentnern gehalten wurden - alimentiert durch den Staat – blieben sie bewusstseinsmäßig auf dem Niveau von „kleinen Couponschneidern“, die nie gelernt haben, ein selbstverantwortliches Bewusstsein als Teilnehmer und Mitentscheider am Produktionsprozess – und damit im politischen Geschehen - einzunehmen, der den kapitalistischen Verführungen Stand gehalten hätte. Stattdessen berauschte man sich an großartigen Aufmärschen in den Straßen von Caracas. Ähnliches hat sich bei der letzten Bundestagswahl mit dem Umschwenken vieler Hartz-IV-Empfänger zu den konservativen Parteien in Deutschland abgespielt.

Venezuela – Von der Vergötterung des Mythos Abschied nehmen

Maduro bleiben noch 3 Jahre, um diesen neuen Weg zu gehen, falls eine Zweidrittel- Mehrheit des Parlaments ihn nicht zum Rücktritt zwingt. Momentan fehlen den Konservativen dazu drei Abgeordnete, denen der Oberste Gerichtshof ihr Mandat wegen Stimmenkauf ihr Mandat aberkannt hat. Auf jeden Fall hat er eine neue Politik angedeutet, die zum alten „Chávismus“ einen Bruch bedeutet, mit einer neuen Mannschaft ohne Korruption, mit einem Industrialisierungsprogramm, der die Unabhängigkeit vom Öl vorantreibt. Am 7. Dezember 2015 – einem Tag nach der vernichtenden Wahlniederlage, die auch vernichtend für das Urteilsvermögen in der linken veröffentlichten Meinung Lateinamerikas ist – hat Maduro im Fernsehen eine solche Wende in der Politik angekündigt. Allerdings bedeutet dies, auch eine geistige Wende einzuschlagen, von der „Vergötterung des Mythos“ der jüngsten eigenen Geschichte Abstand zu nehmen (sometido a la idolatría del mito), die aus der Selbstlüge, „der eigenen Erhabenheit des Denkens in Imponderiblen weit entfernt von der sozialen Realität“ herausführt, wie dies Natasha Gómez Velázquez, Philosophie- Professorin in La Habana, nennt, selbstkritisch bezogen auf die eigene Geschichte nach der Revolution (2).

Morillo proklamiert Vorrang der Auslandsinvestitionen und Bewusstseinswende

Was für Venezuela gilt, trifft auf Kuba ebenfalls zu: Die Ökonomie spielt die entscheidende Rolle. Aber nicht nur sie allein. Verbunden mit einer effizienten Ökonomie tut eine fundamentale Wende im Bewusstsein der Bevölkerung not (cambio mente), jenseits von dem üblichen Bummelantentum, fehlende Verantwortung, fehlende Disziplin usw. Im Folgenden wird auf eine Aufsatzsammlung der Zeitschrift Ökonomie die Universität von La Habana: „Ökonomie, Entwicklung“ Bezug genommen, wonach Kuba gar keine andere Wahl zum eigenen Überleben hat, als auf ausländisches Kapital zurück zu greifen (3). Ausländische Investitionen importieren in Kuba moderne Technologien, Arbeitsweisen, mehr Produktivität. Die politisch antreibende Kraft ist das Politbüromitglied Marino Murillo Jorge, Mitglied des Ministerrates, der die entsprechenden Beschlüsse des VI. Parteitags (Lineamientos) in Staat und Gesellschaft durchzusetzen hat, eine Mammutverpflichtung, mit der er sich gegen alle Widerstände einsetzt. Und interne Widerstände gibt es bei den anti-modernen Traditionen und Trägheiten in der Gesellschaft genug. Unerbittlich, ohne ein Blatt bei der Darstellung des Ernstes der Lage vor dem Mund zu nehmen, tritt er vor der Nationalversammlung und Parteiveranstaltungen auf, ohne den Beifall von Claqueuren zu erwarten. In gleicher Weise ungeschminkt auf die katastrophale ökonomische und Bewusstseinslage hinzuweisen, wagt es nur Raúl Castro, der – der traditionellen Beweihräucherung müde – ihn auch wegen dessen Rigorosität hochgehievt hat. Der designierte Vorsitzende Días Canel hält sich bei öffentlichen Auftritten zurück und überlässt es wohl lieber Morillo, ungeliebte Wahrheiten auszusprechen.

Vorläufige Bilanz der Transformation in einer neuen Konzeption des Sozialismus

Im Sinne von Morillo hat Juan Triana Cordoví eine aktuelle Bilanz der Transformation der letzten Jahre gezogen. Cordoví, vom Zentrum der ökonomischen Studien Kubas der Universität von Havanna, nennt diese Transformation von Ökonomie und Gesellschaft in den Lineamientos des VI. Parteitags eine neue Konzeption des kubanischen Sozialismus (4). Aber bevor dieser zur Wirkung kommt, verschärft sich die Krise. Entgegen den Annahmen, dass Kuba als ein weitgehend von den kapitalistischen Finanzmärkten autarkes Land von der Weltkrise ab 2006 kaum betroffen sei, hat sich ab 2006 ein Einbruch im Wirtschaftswachstum bis 2009 ergeben. Das inländische Bruttosozialprodukt fiel von der Wachstumsrate von über 12 Prozent 2005/2006 sukzessive auf unter zwei Prozent 2009, um dann in ein gemäßigtes Wachstum von zwei bis drei Prozent bis 2013/2014 über zu gehen. Auch wenn Ende Dezember 2015 Kuba in seiner „Projektion“ für 2016 von 4 Prozent Wachstum ausgeht, das auf die verbilligte Einfuhr zurück geführt wird, sind die Ziffern keinesfalls in der Lage, die Verluste seit 2006 auszugleichen, oder eine

positive Änderung im Trend einzuleiten.

D.h. man kann von einer neuen ökonomischen Krise nach der Wende 1989, der período especial, ausgehen, die 2006 vom Ausland ihren negativen Anstoß von der Preis-Güterseite bekam (u.a. Nickel- und Zucker-Werte und Preise) und die über eine ungenügende Produktionssteigerung in der Landwirtschaft bei zwei Prozent ab 2009 keinen entscheidende Impuls-Wende von der Binnenwirtschaft zum Positiven erhielt, auch unter Berücksichtigung, dass die Zuckerproduktion, die Manufaktur, das Transportwesen, der Tourismus und die ölverarbeitende Industrie, dynamischere Werte aufwiesen. Um einen kühnen Vergleich mit Deutschland anzustellen: Deutschland wurde ebenfalls von der Wirtschafts-Krise, die anfänglich eine finanzielle war, getroffen, erholte sich aber danach wieder auf der Grundlage seiner hohen Produktivität über die Exporte.

Das ökonomische Debakel ist virulent

Cordoví führt diese Inflexibilität der Wirtschaft, auf das neuen Tal der Krise nach 2009 mit einer neuen Erholung ab 2009 dynamisch zu reagieren, auf eine sehr niedrige Entwicklung des Brutto-Fix-Kapitals bei zehn Prozent zurück (Investitionsquote bezogen auf das Volkseinkommen), während für eine dynamische Entwicklung über 25 Prozent notwendig sind, um aus der Stagnation heraus zu kommen. Gelänge dies nicht, wäre das sozialistische Projekt Kuba langfristig gescheitert. Deshalb ist die einzige Option Kubas gegen die Stagnation, das ausländische Produktiv-Kapital nach Kuba zu bringen. Anders ließe sich auch nicht das extrem niedrige Lohnniveau und der Konsum spürbar für das Volk erhöhen, um ihm eine bessere Lebensperspektive zu geben. Nach dem Amt für nationale Statistik und Information (ONEI, 2012) erreichte 2006-2011 im Durchschnitt das preisbereinigte Industrievolumen 43,1 Prozent des Standes von 1989. Bezogen auf die Konsumproduktion (bienes) lautet die entsprechende Ziffer 76,5 Prozent und auf das Kapital bezogen 8,9 Prozent der Werte von 1989. Das heißt, die Summe des heutigen realen Konsumproduktion und Verbrauchs der Volkswirtschaft liegt um ein Viertel unter der von 1989. Noch viel schlimmer sieht es für die Investitionen aus. Würden sich die extrem niedrigen Investitionen weiter fortsetzen, würde sich keine Verbesserung im Verbrauch (Lebensstandard) ergeben, obwohl der Boden des für die Masse der Bevölkerung noch Erträglichen schon erreicht ist (5).

Kuba – das erzwungen nachhaltigste Land der Welt

Man könnte allerdings (aus einer ökologischen Welt- Perspektive) heraus argumentieren, wie dies der World Wildlife Fund For Natur (WWF) 2006 es getan hat, Kuba einschließlich seiner beispielgebenden Gesundheits- und Bildungspolitik zum nachhaltigsten Land der Welt erklären. Würden alle Länder der Welt das Beispiel Kuba übernehmen, wäre das Überleben der Menschheit

garantiert. Ob über eine solche Würdigung sich die Bevölkerung freuen würde, ist zu bezweifeln. Es handelt sich ja nicht um einen freiwilligen sondern erzwungenen Verzicht auf Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch. Das kubanische Volk könnte sich veräppelt fühlen, wenn sich nicht in einer Welt-Urabstimmung alle Völker der Erde auf ein Lebensniveau von Kuba einließen. Zum Beispiel könnten sich die USA oder Deutschland verpflichten, in Zukunft statt 80 benzinfressende Autos pro 100 Einwohner nur noch 3 Autos wie in Kuba zu benutzen und alternative ökoethische Verkehrsmittel wie Pferdedroschken (coche de caballo), Rikschas (bicitaxi) und Fahrräder oder Elektroautos einsetzen, die aber für Dritte-Welt-Länder viel zu teuer sind und vorerst bleiben werden.

Zwar wären in diesem Fall die Sozialprogramme in Venezuela noch weniger finanzierbar, und was der ADAC oder die IG-Metall davon hielten, bleibt abzuwarten. Andererseits wäre die Menschheit auf dem Globus gerettet. Hätte die nackte Logik bei einer solchen Güterabwägung das Sagen, wäre das Ergebnis klar. Man kann das Thema Kubas Beitrag zum ökologischen Wirtschaftens auch auf eine ernsthaftere realistischere Ebene führen. wie dies José M. Mateo Rodríguez der Universität Havanna in seinem Buch über die räumliche Dimension der nachhaltigen Entwicklung in Kuba tut (6). Mit dem Instrument der Planifikation und der Theorie des Ökosozialismus in Konkurrenz mit der der modernen Ökologie, die mit dem Neoliberalismus verknüpft ist, ließe sich eine bessere Abstimmung der Raumnutzung sowie die Kontrolle, die Nutzung und die Ausbeutung der Naturschätze im Sinne eines besseren Schutzes der Umwelt erzielen. Zumindest sollte auf dem nächsten Öko-Gipfel, dessen Beschlüsse Kubas in Paris trotz der Mängel zugestimmt hat, dieses Thema auf die Agenda gesetzt werden.

Was die Zukunft für Kuba bringt

Die Darstellung der Grenzen des Wachstums für das Kuba des XXI. Jahrhunderts von Felipe Correa Mautz (Universität Santiago in Chile) halten die kubanischen Herausgeber von „Wirtschaft, Wachstum“ für bedeutsam genug, in ihrer Aufsatzsammlung zu publizieren (7). Dieser Tatbestand ist auch deshalb bemerkenswert, weil Mautz sich dezidiert auf das bürgerliche neoklassische Wachstumsmodell von Hausmann, Rodrik und Velasco bezieht, das die Harvard Universität publiziert hat und das viele Ähnlichkeit mit dem Solow-Modell, benannt nach Robert Merton Solow, aufweist (8). Ebenso bemerkenswert ist, dass auf dessen Grundlagen sich auch das Politbüromitglied Morillo bei seinen stundenlangen Dozieren von komplexen nationalökonomischen Zusammenhängen vor einer sichtlich strapazierten Hörerschaft der kubanischen Nationalversammlung vor einem Jahr bezogen hat, um die Priorität der Auslandsinvestitionen zu begründen. Die Krise und ihre Überwindung durch Auslandsinvestitionen ist dabei nicht nur unter einem güterwirtschaftlichen Ansatz sondern auch unter finanzwirtschaftlichen Aspekten zu behandeln. Die bürgerlichen neoklassischen Wachstumsmodelle von Kaldor, Kaletzki, Cobb Dougless etc haben eine ideenkritische Wurzel in

Marx. Sie sind nicht mit den neoklassischen neoliberalen Modellen zu verwechseln, und ziehen sich dementsprechend den Hass der neoliberalen Propheten wie eines Sinn sich ([9](#)).

Die eine Seite des Hausmann-Modells bezieht sich auf den Faktor Arbeit, als Quelle und Begrenzung von Wachstum, von dem in international vergleichbaren Daten aber nur entsprechende Statistiken bis 1985 vorliegen und hier am Rande bleiben muss. Umso intensiver wird der Faktor Kapital behandelt, unter Hinzuziehung auch anderer Autoren. Ähnlich wie in den Ostblockländern entfiel in Kuba der Hauptanteil am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 1963 – 1988 auf die Vermehrung des staatlichen Kapitalstocks (stock de capital fisico, 57-81 Prozent der jährlich schwankenden Quoten) und der Rest auf das „menschliche Kapital“. In Kuba absorbierte das meiste Kapital die Landwirtschaft. Das Kapital im Ostblock wuchs wie in Kuba stärker als die Produktivität. Der notwendige Übergang von einer kapitalintensiven „Tonnenideologie“ zu einer technologiebestimmten qualitativen Intensivierung gelang nicht, was letztlich in der östlichen sozialistischen Planwirtschaft in der ideologischen Konkurrenz mit dem Westen ein wesentlicher – wenn nicht der entscheidende – Grund für dessen Untergang war.

Das politische Kapital der autochthonen Revolution 1959 bewahrte Kuba vor diesem Schicksal 1989, löste aber nicht die ökonomischen Probleme. Diese Bindung des Wachstums an ein unproduktives Kapital führte nach 1990 in Kuba – nach dessen weitgehenden Vernichtung durch Deindustrialisierung vor allem in der Landwirtschaft und Transportwesen (von Traktoren, Maschinen und Autos zurück zu Pflugochsen und Pferdekutschen) - zu einem verschärften Rückgang der Produktion. Hinzu kamen nach 2009 die Steigerung der Preise von importierten Lebensmitteln, das Sinken der Profite aus dem Touristengeschäft und niedrigeren Überweisungen der Exilkubaner an ihre Verwandten in Kuba (remesas), die in den USA ebenfalls von der Weltkrise erfasst waren, sowie das Sinken der Nickelpreise auf den Weltmärkten und enorme Schäden durch die Hurrikane, die um 2008 in Kuba gehäuft auftraten und deren Behebung 10 Milliarden Dollar kosteten. Eine aktualisierte Betrachtung dieser Faktoren auf 2015 bezogen, muss die verheerende Wirkung des Hurrikans Sandy 2013 in Ostkuba einbeziehen, die Fortsetzung der Weltkrise mit neuen Teilhabern wie Brasilien, vor allem Venezuela und China, die beiden bisher größten Handelstreibenden mit Kuba, und im Fall des sozialistischen Venezuela auch der größte Unterstützer Kubas, der weiter niedrige Nickelpreis auf den Weltmärkten, während im Touristikgeschäft ein erfreuliches Wachstum von plus 14 Prozent 2015 vorliegt. Im Fazit wird die Rolle der USA als zukünftiger wichtigster Handelspartner und Investor weiter aufgewertet, falls sich die grundlegenden Parameter nicht ändern.

Das inländische Sparkapital reicht nicht zur Finanzierung von Investitionen

Genauso wichtig wie diese warenmäßige Darstellung von Mautz, die im Wesentlichen der von Cordoví ähneln, ist die Geldseite, das Verhältnis von Sparen und Investieren. Wie Cordoví kommt er zu dem Ergebnis, dass nur Investitionsraten über 25 Prozent die Wirtschaft auf einen Wachstumspfad führt. Nach De Long und Summers führen Investitionen in der Sparte Maschinenbau und Ausrüstung zu positive Wachstumsimpulse, wobei 3 Prozent Wachstum in diesem Bereich zu einem Prozent Wachstum im Bruttoinlandsprodukt führt (10). Daran gemessen bleiben die kubanischen Werte weit hinter den erforderlichen Faktoren zurück.

Hinter diesen generellen Agglomerationen darf nicht die Komplexheit der gegenseitigen Verflechtungen in der Wirtschaft übersehen werden. Bei einer Aufschlüsselung der einzelnen Wirtschaftssparten im Hinblick auf den technischen Fortschritt, gemessen in Produktivitätszuwächsen, ist dem inländischen Wohnungsbau kaum ein Beitrag zum Wirtschaftswachstum zuzusprechen (soweit man die soziale Komponente ausklammert), andererseits ist den Importen von Gütern mit einem hohen Modernitätsgrad eine entsprechende Produktivitätswirkung beizumessen, wobei dieser Effekt sich noch multiplizieren kann, wenn die in Kuba mit den ausländischen Importen an Maschinen und Ausrüstungen hergestellten Produkte – in Verbindung mit niedrigen Arbeitskosten - so kostengünstig hergestellt werden, dass sie konkurrenzfähig für Auslandsmärkte sein können. „Produktive Importe“ können daher nicht als belastend angesehen werden. Wichtig bleibt aber eine entsprechende Substitution durch kubanische Produkte an Stelle ausländischer Importe.

Zum Verhältnis zwischen Investition und Sparen

Die neoklassische wie die keynesianische Theorie spricht dem Sparen eine gewichtige Bedeutung bei den Bestimmungen der Investitionen und der Nachhaltigkeit bei der Nachfrage zu. Die niedrige Sparrate bei niedrigem Einkommen der (privaten) Haushalten – in der Form von Geldmitteln (Geldeinnahmen minus Geldausgaben) und der Wechsel der Höhe der

Sparkonten (Volatilität) - widerspricht fundamental den Notwendigkeiten der kubanischen Wirtschaft, genügend Sparmittel für Investitionen bereit zu stellen. Einerseits sind die Löhne bei 15 Dollar monatlich zu niedrig, um etwas auf die hohe Kante zu legen, andererseits existiert noch kein ausreichend großer Kapitalmarkt (Banken), und die Möglichkeiten der (staatlichen) Unternehmen über Selbstfinanzierung sich die nötigen Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen, werden durch administrative Hemmnisse beschränkt. Diese institutionellen Hemmnisse werden allerdings gelockert. Gegenüber dem zuständigen Preisministerium befreien sich die Unternehmen aus der Preisbindung zu Gunsten einer autonomen Gewinnpolitik. Zudem werden die Löhne den betrieblichen Anforderungen angepasst, über die Produktivitätssteigerung hinaus. Beides führt dazu, die Inflation weiter anzuheizen und durch Flexibilisierung des Arbeitsmarktes die Lohnkonkurrenz zu verstärken (indem Unternehmen sich gegenseitig Arbeitskräfte abwerben), was illegal ist.

Beide Autoren, Mautz wie Cordoví, stellen so etwas wie die offizielle Position der Parteilinie dar, vertreten durch Morillo. Sie geben die ökonomische Begründung der Priorität von Auslandsinvestitionen (mit einbezogen die Substitution von ausländischen Produkten durch einheimische), sozusagen als Rettungsring Kubas. Der Chilene Mautz geht einen Schritt weiter und plädiert für eine weitere Lockerung des Finanzmarktes zur Einrichtung von Kapitalsammelstellen, eine Dezentralisierung der bisherigen Entscheidungsmonopole, mehr Partizipation und Demokratie in den Betrieben und Verwaltungen, die das bisherige Verhältnis von Partei zum Management und Arbeiterschaft berührt. Dazu stellt er sich eine Art runden Tisch vor, an dem als Diskussionsforum Partei, Staat und Gesellschaft teilnehmen, ohne Vorbedingungen, in dem Bewusstsein, dass nur auf diesem Wege das vorhandene breite Potential an Humankapital ausgeschöpft werden kann.

Ausländische Investitionen in der kubanischen Planifikation.

In dem Rahmen des seit einem Jahr vorliegenden Investitionsgesetzes sind viele konkrete Formen möglich. Für die Regierung begrüßenswert sind Großinvestoren möglichst befreundeter Staaten, die quasi komplette Produktionsstätten unter Einbindung von kubanischen Zulieferern errichten und dabei das Finanzkapital, die Gebäude und Fachpersonal zur Ausbildung kubanischer Arbeitskräfte bereitstellen, auf einem hohen technischen Niveau, und die in die volkswirtschaftliche Rahmenplanung der kubanischen Planifikation hinein passen. Da der Binnenmarkt relativ klein ist, wäre es optimal, wenn die ausländischen Investoren auch für den Weltmarkt produzieren. Das theoretische Gegenmodell einer ausländischen Großinvestition wäre das „Einklinken“ von kleineren Investoren in die vorhandene kubanische Wertschöpfungskette oder ausländische Investoren, die sich am Firmenkapital vorhandener kubanischer Unternehmen mit unterschiedlichen Raten bis zu Mehrheitsbeteiligungen einbringen. Dazwischen wären viele Übergangsmodelle denkbar. Grundsatz für das sozialistische Kuba ist dabei,

dass Grund und Boden dem kubanischen Staat verbleibt, und die Investoren sich auf (langfristige) Nutzungsverträge des Bodens einlassen.

Sonderwirtschaftszone Mariel

Eine Sonderform ist die Sonderzone für Entwicklung Mariel (11), nahe eines großen Überseehafens, der westlich von Havanna im Entstehen ist. In dieser Sonderzone können ausländische Konzessionisten oder Nutznießer (usuarios) auf einem von der Regierung infrastrukturell aufbereiteten Industriezentrum Produktionsstätten errichten, ohne Einschränkungen im- und exportieren, und frei über ihr Kapital über die Zentralbank von Kuba verfügen. Die Arbeitskräfte können über eine besondere Vermittlungsstelle überwiegend zu kubanischen Niedriglöhnen beschäftigt werden, die auch höher ausfallen können, aber nicht die generelle Lohnstruktur über den Haufen werfen darf. Näheres muss die Praxis zeigen.

Ausländische Investitionen modernisieren kubanische Managementpraktiken

Der Kubaner Humberto Blanco Rosales vom Zentrum der ökonomischen Studien der Universität Havanna stellt dar, dass die ausländischen Investitionen ein Maximum an interner technologischer Innovation zum Nutzen aller dann erzeugen, wenn sie sich in die Lücken des in Kuba schon bestehend Netzes von Konnexionen von (staatlichen) Management-Innovationen und Praktiken, von wissenschaftlichen Informationsinstituten, Regierungseinrichtungen sowie den innovativen Universitätszentren einpassen und diese optimieren, um eine „innovative Kultur“ im kubanischen Management, ihrer Kunden und Lieferanten zu erzeugen, die in ihren unternehmerischen Praktiken noch erhebliche Mängel aufweisen (12). Die Innovation über Investitionen ist ein multifaktorieller Prozess, systematisch und intentional, die neue Entscheidungsabläufe in dem Handeln von Managern erzeugt. Dabei kann die Unternehmensführung die Kapazität erlangen, die Realität der traditionellen Managementpraktiken zu hinterfragen, neue zu antizipieren, eingelaufene Schemata zu durchbrechen. Der vom VI. Parteitag geschaffene Freiraum für Managementpraktiken soll somit produktiv ausgefüllt werden.

Ausländische Investitionen tragen die „kapitalistische Kultur“ ihrer Träger nach Kuba

Aber die Auswirkungen von ausländischen Investoren werden sich nicht nur auf das inländische Managementverhalten im produktiven Sinne auswirken. Sie werden auch ihr „marktwirtschaftliches Verständnis“ in Kuba hinein tragen – ein gleichsam unvermeidbarer „Begleitprozess“, von dem man sich nicht abschotten kann. Die kubanische Regierung kann nicht ausländische Investitionen in ihr Land herein lassen, deren Träger mit ihrer kapitalistischen Denkweise aber vor der Tür stehen lassen. Ausländische Investoren (ihre

Führungskräfte wie Fachkräfte) werden sich bei ihrem Engagement in Kuba mit dem begrenzten Zutritt an wissenschaftlich-technischen Informationen im Internet nicht begnügen. Sie werden den geringen Austausch von kubanischen Fachleuten mit ausländischen nicht akzeptieren und sie werden vor allem nicht ihr marktwirtschaftliches Ego gegen die Bürokratie und Parteihierarchien verstecken. Damit werden sie aber in Kuba nicht allein stehen. Wie in www.revolution-heute.de dargestellt (13) dominiert unter den drei „Strömungen“: die etatistische, die demokratische und marktwirtschaftliche, die letztere. Einen erheblichen Teil des kubanischen Managements (und ein Teil der Partei) werden die Investoren mit ihrem Markt-Denken auf ihrer Seite haben. Dieses Faktum ist auch der Grund für viele Kommunisten, der wirtschaftlichen Freizügigkeit skeptisch bis ablehnend gegenüber zu stehen. Aber sie werden mit ihren ideologischen Vorbehalten gegen die Fakten von Morillo keine andere Wahl haben, als die Fakten zu registrieren und zu akzeptieren.

Die Planifikation als antikapitalistisches Steuerungsmittel der Gesamtwirtschaft?

In dieser prekären Zerreißprobe – in Kuba redet man von Kreuzweg (cruce) - zwischen Sozialismus und Kapitalismus kommt neben dem sozialistischen Eigentum an Grund und Boden in der Form der Planifikation ein zweites Bein hinzu, auf dem der Sozialismus in Zukunft stehen kann. Vermag er diese Herausforderung auch in der Praxis einzulösen? Die kubanische Planifikation hat die rigorosen Mengen-Preis-Planungen der sowjetischen Kommandowirtschaft abgelöst. Sie konkretisiert sich in Vorgaben, Orientationen, Rahmungebungen auf der Grundlage der Ausarbeitungen des Ministeriums für Ökonomie und Planifikation, die in der Nationalversammlung beraten und beschlossen werden, und die in den Provinzen und Lokalitäten herauf- und heruntergerechnet und realisiert werden. Anders als früher sind sie mehr als Empfehlungen und Orientierung für die staatlichen Verwaltungen, das Management staatlicher Unternehmen sowie die Kooperativen zu verstehen. Für die einzelnen Unternehmen und ihr Management ist es ratsam, den staatlichen Vorgaben zu folgen, weil sie dann noch am ehesten damit rechnen können, dass in einer Ökonomie der knappen Ressourcen ihnen auch für ihre eigenen Ziele die notwendigen Rohstoffe, Halbfabrikate aus den staatlichen Quellen zur Verfügung gestellt werden, sie entsprechende Lieferungsverträge abschließen können und ihnen die entsprechenden Kredite zur Vorfinanzierung von den Staatsbanken zur Verfügung gestellt werden.

Die Durchsetzbarkeit der Vorgaben und ihre Kontrolle ist nicht nur über die Kreditkontrolle gewährleistet, sondern höchst persönlich durch die auf die jeweiligen Ebenen bezogenen Parteisekretäre, die zwar nicht mehr direkt in die Management-Entscheidungen hineinregieren sollen, deren eigenen Karrieren aber von den wirtschaftlichen Erfolgen der ihnen zugeteilten Unternehmen mit verantwortlich zeichnen. Bei wirtschaftlichen Großaktionen, wie die im Dezember 2015 anlaufende zafra, die Zuckerrohrernte, die sich in alten

sowjetischen Riten abspielt, wie das Aufstellen der Arbeiter mit ihren neuen Erntemaschinen in einer Paraderihe mit roten Fahnen, lassen es sich die einzelnen Politbüromitglieder nicht nehmen, höchstpersönlich nach dem Rechten zu sehen, was in den Noticieros höchste Nachrichtenpriorität besitzt.

Lückenhafte Input-Output-Rechnung begrenzt Evaluation von Auslandsinvestitionen

In Deutschland, wie in den anderen kapitalistischen Ländern beschränkt sich die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auf eine nachträgliche Vollzugsmeldung der Summe der ökonomischen Entscheidungen der privaten Unternehmen und des Staates an das Statistische Bundesamt, nachdem sie vom Management und Verwaltungen getroffen worden sind. Eurostat der Europäischen Union sorgt für ein Muster für integrierte Konten, mit denen alle Euro-Länder vergleichbar werden. In Kuba ist es das System der nationalen Rechnungen, auf der Grundlage entsprechender aggregierter Konten (Sistema de Cuentas Nacionales). Dieses System soll zugleich auch Ausgangslage für die Planifikation sein, woran es bis heute hapert, weil es Lücken aufweist (14). Dies betrifft vor allem die gesamtwirtschaftliche Input-Output-Matrix (insumo-producto-matrice), die die intersektoralen Wirtschaftsströme erfasst, während andere Aggregate, wie die Einkommen, die Investitionen, die Finanztransaktionen, die gesamtwirtschaftliche Produktion, sowie die Nachfrage relativ gut erfasst sind.

Woran es fehlt, ist eine lückenlose Erfassung der intersektoralen Wirtschaftsströme, ihre Abhängigkeiten zueinander und ihre Veränderungen in bestimmten Zeitabschnitten. So ist es bis heute zwar möglich, die Wirkung von Auslandsinvestitionen auf einen einzelnen Sektor zu diagnostizieren und zu evaluieren. Aber wie wir oben gesehen haben, ist die produktive Wirkung einer Investition nicht allein auf das unmittelbare Einsatzfeld begrenzt, sondern hat darüber hinaus Multiplikatorwirkungen auf andere Sektoren, die in bestimmten Beziehungen zum ersteren stehen, die sich nur in ihren statistischen Veränderungen durch ein lückenloses Matrixsystem nachträglich erfassen lassen. Damit fehlen bisher aber auch wichtige Unterlagen für Beurteilungskriterien bei der politischen Einschätzung der Notwendigkeit von solchen Investitionen in ihrer Priorität für das Wohl Kubas. Aber angesichts des momentanen kritischen Zustandes der beiden wichtigsten Handelspartner Venezuela und China wird Kuba gar keine Auswahlkriterien für ausländische Investoren aufstellen können, sondern akzeptieren, was sich anbietet.

Die Nagelprobe in den Beziehungen Kuba-USA: Gegenseitige Entschädigung

Schon kurz nach der Revolution 1959 wurde unter maßgeblicher Beteiligung von El Che die Nationalisierung ausländischen Eigentums betrieben über ein Dekret, Grund und Boden in das Eigentum des kubanischen Volkes (Volkseigentum) zu überführen, mit der Ausnahme des Eigentums der Kleinbauern in Würdigung ihrer entscheidenden Rolle bei dem Triumph der

Revolution. Während mit allen sonstigen Staaten ein Agreement mit Kuba über die Entschädigung getroffen wurde, fehlt eine Einigung bis heute über die Enteignung amerikanischen (einschließlich der Exil-Kubaner) Eigentums. Die Rechnungen der Amerikaner belaufen sich auf geschätzte 6 – 8 Milliarden Dollar. Dieser Rechnung stellen die Kubaner die Schäden von 120 Milliarden gegenüber, die ihnen durch die Blockade bisher entstanden sind.

Bei einer realistischen Einschätzung der aktuellen politischen und ökonomischen Grundlage dürfte es den Kubanern bewusst sein, dass sie schon viel erreicht hätten, wenn sie zu einem finanziellen Pari-Pari-Ausgleich bekommen könnten (vorausgesetzt, die Blockade wird aufgehoben). Das löst für die amerikanische Regierung aber nicht das rechtliche Problem des Anspruches vieler ihrer Bürger auf eine Entschädigung. Zwar errichtete Kuba auf Peso-Basis Entschädigungskonten ein und zahlt jährlich Raten, dies wird aber von den Alteigentümern nicht anerkannt. Den Kubanern wird wohl selber bewusst sein, dass es sich hier um eine Geste des guten Willens handelt, eine generelle Bereitschaft auf der Basis der Kompensation (als Geldsumme) das Problem zu lösen und nicht auf der Basis der Restitution, der Rückgabe des Enteigneten. Denn dass seit 1960 es viele Veränderungen auf dem kubanischen Boden gegeben hat (Überbauungen, Abrisse, aufwändige Reparaturen von Häusern..), die sich nachträglich nicht mehr entknoten lassen, dürfte wohl auch den Amerikanern bewusst sein. Die Kubaner werden weiterhin in den zukünftigen Verhandlungen darauf setzen, dass diese Kompensation die USA-Regierung gegenüber ihren Bürgern selber finanziell aufbringt.

Dass das Thema Enteignung hier im Zusammenhang mit ausländischen Investitionen behandelt wird, liegt auf der Hand. Erstens werden etliche Investitionen auf dem Boden ehemaligen amerikanisch-kubanischen Eigentums getätigt werden. Die Investoren werden auf eine Klärung bestehen, ansonsten drohen ihnen Entschädigungsforderungen der ehemaligen Eigentümer, die diese von den USA aus weltweit vollstrecken können, wie sie schon bewiesen haben. Zweitens liegt es an der Sache selbst, dass ohne Regelung der Entschädigungsforderungen kein echter Ausgleich zwischen USA-Kuba möglich sein wird. Kuba könnte zwar – und tut dies auch – auf das originäre Gewaltrecht von Revolutionen als einschneidende historische Umwälzung pochen, wie dies bei allen Revolutionen bisher der Fall war bis zur deutschen 1989, wo die Enteignungen des Grundbesitzes der reaktionären Ost-Elbe-Junker 1946 in Ostdeutschland durch die siegreiche Sowjetunion durch das Bundesverfassungsgericht als ein entschädigungsfreier Akt bezeichnet wird. Ähnlich sind die Abtretungen des Bodens deutscher Eigner auf den ostdeutschen Gebieten an Russland und Polen entschädigungsfrei verlaufen, aber nur indirekt von der BRD durch die „Anerkennung der Ostgrenzen“ und durch den Vier-zu-Eins-Vertrag vertraglich besiegelt worden. Fest steht: die historische Wucht einer Revolution bricht jedes bürgerliches Recht.

Aber angesichts der realen Machtverhältnisse und des eigenen kubanischen Interesses auf einen dauerhaften Ausgleich dürfte es der kubanischen Seite klar sein, dass es Zeit wird, das Thema mit einem Vertrag zu besiegeln und diesen Punkt der Streitereien für alle Zeiten zu begraben. Vertrag heißt, im gegenseitigen Verständnis, heißt mit einem Ergebnis, dass die amerikanischen Eigentümer befriedigt, heißt also ein Vertrag, mit dem auch die Ex-Kubaner, die inzwischen Bürger der USA geworden sind, leben können. Dabei müssen nicht die Exil-Kubaner, die jetzt staatsrechtlich Bürger der USA sind, als eigene Verhandlungspartner mit Kuba auftreten, worauf sich Kuba nie einlassen würde. Denkbar ist hingegen, dass bei einer grundsätzlichen Pari-Pari-Aufrechnung aller Forderungen und Verbindlichkeiten insgesamt die amerikanische Regierung einen Kompensations-Fonds gründet, aus dem die amerikanische Regierung ihre ehemals kubanischen und jetzigen US-Bürger befriedigt. Gleiches gilt für alle alte US-Investitionen in Kuba. Dann wird es immer noch unverbesserliche Exilkubaner geben, die mit dem Ergebnis nicht einverstanden sind, und es werden sich genügend Rechtsanwälte finden, die auf dem Klagewege sich begeben werden, diese müssen sich aber dann an die eigene Regierung wenden müssen.

Thema des US-Wahlkampfes: Restituierung gegen Aufhebung der Blockade?

Welche Möglichkeiten man aber ins Auge fasst, so steht eines fest: Angesichts des – vergifteten - innenpolitischen Klimas in den USA und der bevorstehenden Präsidentschaftswahl wird die Mehrheit des Kongresses nicht auf eine Pari-Pari-Lösung eingehen und darauf bestehen, dass Kuba zumindest einen Teil in den Topf der Kompensation einzahlt. Ansonsten wird die Blockade nicht aufgehoben. Kuba ist aber unter heutigen Bedingungen nicht in der Lage, die Finanzmittel in harter Währung für einen solchen Fonds aufbringen zu können (von einer politischen Bereitschaft ganz zu schweigen). Und auch die zukünftigen Erträge aus den Auslandsinvestitionen können zur Finanzierung nicht heran gezogen werden, weil diese dringend für den eigenen Aufbau benötigt werden. Der Fehler, den die EU mit Griechenland begeht, die Kuh zu schlachten, die man melken will, ist kein Weg. Was also tun? Die Sache auf die lange Bank zu schieben, geht für beide Seiten nicht mehr. Im Rahmen der Normalisierung der Beziehungen werden Punkt für Punkt der noch offenen Fragen abgehandelt, zuletzt Mitte Dezember 2015 die Aufnahme des postalischen Verkehrs. So gibt es nur eine Möglichkeit für Kuba, in Verhandlungen über die Restituierung einzutreten, aber als Bedingung vom Kongress die Aufhebung der Blockade mit größerem Nachdruck zu fordern, denn das eine kann man von Kuba nicht verlangen: dass es sich mit Milliarden Dollar daran beteiligt, die Alteigentümer mit zu befriedigen, zugleich aber weiterhin die Ökonomie Kubas durch die Blockade stranguliert wird, und das Land damit gehindert wird, wenigstens die Restitution mit einer Teilsumme zu bezahlen. Dem von den Republikanern bestimmte Kongress böte sich die Perspektive, die eigenen Klientel unter den Exilkubanern mit dem Argument zu locken, ein Spatz in der Hand (die Restituierung) wäre besser als eine Taube auf dem Dach (das Hoffen auf einen Sturz der Kommunisten in Kuba, der nicht kommt und nicht kommt und nicht kommen will und auch nicht kommen wird).

Die emanzipatorische Bürgerschaft als wahrer Volkssouverän

Ovidio D`Ángelo Hernández vom kubanischen sozialen Zentrum für Psychologie und Soziologie weist darauf hin, dass die kubanischen Eigentumsformen durch endogene Kräfte starken Veränderungen unterworfen sind (15). In den letzten Jahren vollzieht sich in Kuba ein erheblicher Wandel durch Flexibilisierung und Diversifikation in den Formen des Eigentums und der Leitung. Es entwickeln sich Kooperative in den verschiedenen Formen des Eigentums und der Leitung. Die nicht agrarischen und agrarischen Genossenschaften gewinnen an Autonomie. Der Anteil der Privatunternehmen auf eigene Rechnung (cuentapropismo) nimmt zu. Das Management der Staatsunternehmen gewinnt mehr Freiheit, wie wir schon dargestellt haben. Die Funktionen des Staates trennen sich von den Unternehmen. Die staatlichen Entscheidungen dezentralisieren sich, und die lokalen Entscheidungsträger gewinnen mehr Autonomie.

Aus diesem Panorama verschiedener Eigentumsformen und ihrer Auswirkungen, entwickeln sich plurale Formen der Produktion und ihrer Aneignung, die in ihrer Komplexität nach Meinung von D`Ángelo in die Richtung eines neuen Konzepts der Bürgerschaft (Ciudadanía) verläuft, die demokratisch, freiheitlich, entscheidungsfreudig und emanzipatorisch die Basis für eine wahre Volkssouveränität bildet, die Erneuerung eines integralen Sozialismus. Dieser löst sich aus seinem traditionellen Erbe, mit seinen zentralistischen staatlichen Regulationen und Entscheidungen, mit seinen Etatisten und Paternalisten, die ihr Konzept der sozialen Wohlfahrt verwirklichten. Diese immer noch aktuelle bürokratische Realität geht ihrem Ende zu (16).

Kubas Zukunft: Demokratische Republik der bürgerschaftlichen Teilhabe

Die Dimensionen dieses sozialen Prozesses in ein neues menschliches und institutionelles Miteinander gehen über die Regelungen hinaus, die aus dem Staatseigentum resultieren. D`Ángelo versucht, diese sozialen Prozesse enumerativ-assoziativ zu erfassen, ohne diese an dieser Stelle in einer Matrix miteinander wegen ihrer Komplexität zu verknüpfen, wie er es an anderer Stelle gemacht hat (16): "Integration und Zwischenverbindungen (Interterkonnektion) in der sozialen Verschiedenheit und in ihren Widersprüchen; Dialektik des gesellschaftlichen Aufbaus (Konstruktion) von oben nach unten, von unten nach oben; diskursive (kontextuale) Selbstbestimmung der sozialen Autoren; kritische Interpretationen und Problematiken der sozialen Realität; Öffnung zu multiplen Alternativen, soziale Verantwortung und Solidarität, Verständigung ethisch, human, emanzipatorisch; Prozess der Transformation von Macht zur sozialen Selbstbestimmung; Entwicklung der Subjekte und der Herrschenden (Patrone) in ihrem Miteinander (Interaktionen), sozial, kreativ-emanzipatorisch".

Man kann die Aufzählungen (in den Klammern die dem Spanischen angelehnten Wörter) als sozio-politische Eckpunkte des menschlichen Miteinanders zu einer sozialen Realität des Kuba von morgen verstehen, die in ihrer Komplexheit über das bisherige Verständnis von Volkseigentum als eine zentralisierte Macht hinausgeht. D'Ángelo proklamiert eine demokratische Republik der bürgerschaftlichen Teilhabe (República Democrática de Participación Ciudadanía). Seine Ausgangslage ist eine Analyse der kubanischen Veränderungen in ihrer sozial-ökonomischen Basis. Die darauf aufbauenden politischen Konsequenzen der bürgerschaftlichen Partizipation könnten die von D'Ángelo angesprochenen Etatisten und Paternalisten zwar als eine utopische Vision abhaken, sie würden sich heute aber um die Chance einer konstruktiven Antwort bringen, die der sozio-ökonomischen Lage adäquat wäre, und an der zukünftigen Richtung der breiten Strömung nichts ändert, die Kuba in seiner Realität schon eingeschlagen hat und weiter gehen wird.

In Lateinamerika ist die USA mit ihren neoliberalen Wahlsiegern in Argentinien und Venezuela in die Offensive gegangen. Kuba ist von erheblichen wirtschaftlichen Sorgen geplagt, dazu treten innenpolitische Schwierigkeiten in Brasilien auf. Die Rolle der Armen als mögliches revolutionäres Subjekt muss neu definiert werden nach den Wahlen von Venezuela. Mit der pragmatischen Klugheit, die den Sozialismus des XXI. Jahrhunderts Lateinamerikas bisher auszeichnet hat, werden auch diese Schwierigkeiten überwunden werden.

Literatur

1. Gerd Elvers: Revolutionäre Theorien und ihre Praxis, in: www.revolution-heute.de
2. Natasha Gómez Velázquez: Definiendo el pensamiento crítico, Temas, cultura, ideología, sociedad, La Habana, Dezember 2014, p. 107
3. Economía, Desarrollo, Revista de la Facultad de Economía de la Universidad de La Habana, Juni 2014
4. Juan Triana Cordoví : Cuba. Un balance de la transformación; Economía y Desarrollo, pp.12
5. Cordoví: p. 24
6. José M. Mateo Rodríguez: La dimensión espacial del desarrollo sostenible: una visión desde América Latina, La Habana, 2012
7. Felipe Correa Mautz: Growth Diagnostic: las restricciones al crecimiento de Cuba para el siglo XXI, Economía, Desarrollo, pp. 136
8. Hausmann, R; D. Rodrik and A. Velasco: Growth Diagnostics, Harvard University,

Cambridge, M.A. 2005

9. Gerd Elvers: Zum Tod von Oppenländer, www.revolution-heute.de

10. De Long, J. und Summers, L. : Equipment Investment and Economic Growth, in: The quarterly Journal of Economics, vol. 106, no. 2, pp. 445-502

11. Gaceta Oficial de la República de Cuba, Justizministerium, 23. September 2013

12. Humberto Blanco Rosales: Prácticas de gestión en empresas innovadoras cubanas: evaluación y propuestas de mejoramiento, Economía, Desarrollo, pp. 149

13. Gerd Elvers www.revolution-heute.de

14. Julio F. Smith Casacó et al.: Matrices insumo-producto en Cuba: requerimientos estadísticos, in. Economía, Desarrollo, pp. 117

15. Ovidio D`Ángelo Hernández: Desafíos para una ciudadanía liberadora, in: Temas, Juni 2014, p. 41

16. Ovidio D`Ángelo Hernández: Autonomía integradora. El desafío ético emancipatorio de la complejidad. Acuario, La Habana, 2005

Gerd Elvers

Mayari, Dezember 2015, Kuba

